BERLIN

Kurras hätte seine Pistole sichern müssen

Plädoyer des Generalstaatsanwaltes — Verteidiger fordert Freispruch

Von unserem Korrespondenten

fa. **Berlin, 17. November**

Mit den Plädoyers von Anklage und Verteidigung ist am Freitag der Prozeß gegen den wegen fahrlässiger Tötung angeklagten Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras fortgesetzt worden. Während Generalstaatsanwalt Dehnicke acht Monate Gefängnis auf Bewährung forderte, plädierte Rechtsanwalt Roos auf Freispruch.

Nach einem hitzigen Wortgefecht zwischen der Verteidigung und Rechtsanwalt Horst Mahler, der die als Nebenklägerin auftretende Ehefrau des getöteten Benno Ohnesorg vertritt, beschloß das Gericht, den Diplompsychologen Helmut Kentler zu dem Gutachten von Heinz Spengler zu hören. Als Gerichtsgutachter war Spengler am Mittwoch zu dem Ergebnis gekommen, Kurras habe in einem psychogenen Ausnahmezustand gehandelt. Nach Ansicht von Kentler hat Spengler sich dabei auf „einseitige und überholte Lehrmeinungen" gestützt und es unterlassen, die Reaktionen des Angeklagten durch einen psychodiagnostischen Test zu prüfen.

Dann erhielt der Generalstaatsanwalt das Wort. Es sei ebenso falsch wie gefährlich, anzunehmen, erklärte Dehnicke, der Ausgang des Prozesses würde mitentscheiden, wer am 2. Juni recht hatte, die Polizei oder die Studenten.

Dem Angeklagten aber nahm der Generalstaatsanwalt seine Darstellung nicht ab, vor allem nicht die angebliche Bedrängnis und die Todesangst, in der der verhängnisvolle Schuß gefallen sein soll. Kurras habe bei Abgabe des Schusses auf dem Hof des Grundstücks Krumme Straße frei gestanden, kein Demonstrant habe ihn behelligt, und die Polizei sei bereits Herr der Lage gewesen.

Wäre Kurras von Demonstranten umringt gewesen, meinte der Generalstaatsanwalt, dann wären seine Kollegen ihm zu Hilfe gekommen. Aber nicht einmal der Polizeimeister Horst Geyer, der Kurras unmittelbar nach dem Schuß mit der Waffe in der Hand gesehen und gerufen hatte: „Bist du wahnsinnig, hier zu schießen", habe eine Bedrängnis des Angeklagten bemerkt. Den Zuruf dieses Zeugen wertete der Generalstaatsanwalt zugleich als entscheidenden Beweis für die falsche Darstellung des Angeklagten.

Das strafrechtlich schwerwiegende Versagen von Kurras ist nach der Meinung des Generalstaatsanwalts darin zu sehen, daß Kurras die gezogene Dienstpistole nicht sofort wieder eingesteckt habe, als die Situation nicht mehr gefährlich war. Nur weil er die Pistole in der Hand hatte, habe sich der Schuß lösen können — sei es aus Erregung, Ärger oder Versehen.

Notwehr wies der Generalstaatsanwalt mit dem Hinweis zurück, daß Kurras von Benno Ohnesorg nicht angegriffen worden sei. Das gleiche gelte für den Notwehrexzeß. Ein Mann im besten Alter, wie der Angeklagte, der 17 Jahre im Polizeidienst stehe, eine ausgezeichnete Ausbildung genossen, Massendemonstrationen in Berlin miterlebt habe und ein routinierter Pistolenschütze sei, müsse schwerwiegenden Situationen gewachsen sein. Als mildernde Gründe ließ Dehnicke die Turbulenz des 2. Juni und die vom Psychiater festgestellte leichte Erregbarkeit des Angeklagten gelten.

Auch die Nebenkläger bezeichneten den tödlichen Schuß als Folge eines kontrollierten Verhaltens, für das der Angeklagte verantwortlich zu machen sei. Rechtsanwalt Robert Pohl forderte 18 Monate Gefängnis, Rechtsanwalt Horst Mahler plädierte gegen die von der Staatsanwaltschaft beantragte Bewährungsfrist für Kurras und meinte, es gehe nicht so sehr darum, daß Kurras hinter Gitter komme, sondern daß der Eindruck der Parteilichkeit der Dritten Gewalt beseitigt würde.

„Nach vier Plädoyers das Begräbnis des jahrhundertealten Grundsatzes ‚in dubio pro reo'", stellte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Roos, zu Beginn seines Plädoyers fest. Kurras habe in Putativnotwehr, in der Abwehr eines rechtswidrigen Angriffes im Zustand eines Affektsturmes handeln müssen. Für eine kühle Überlegung und für eine Übersicht sei keine Möglichkeit gewesen.

Noch einmal ließ der Verteidiger die Aussagen von mehr als 50 Zeugen Revue passieren, um die Gefährlichkeit der Situation zur Tatstunde dem Gericht zu vergegenwärtigen: „Lebensgefahr für Kurras — Tumulte — die Rufe ‚Schlagt ihn tot', ‚Macht ihn fertig' — Steinwürfe — Handgemenge, Personen am Boden, auch noch, als es schoß..." Man könne Zweifel nicht durch Überzeugung ersetzen, meinte der Anwalt.

Auf die Anspielung des Nebenklägeranwalts Horst Mahler auf die Aufgaben der dritten Gewalt erklärte Rechtsanwalt Roos, die dritte Gewalt sei nicht der Prügelknabe der Politik, sie habe nicht die Aufgabe, Demonstranten und Studenten zu befrieden.

Das Urteil wird voraussichtlich am Dienstagvormittag verkündet.

Strauß kritisiert Außenminister Brandt

Von unserem Redaktionsmitglied

Sto **Hamburg**, 17. November

Auch in einer Regierung der Großen Koalition „muß Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger Richtlinien der Politik bestimmen können", wenn er zuvor die Argumente des Koalitionspartners gehört habe. Mit diesen Worten wies Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß am Freitag in Hamburg Äußerungen von Bundesaußenminister Willy Brandt zurück.

Brandt hatte auf der von Strauß als sozialdemokratische „Beschwichtigungsparade" bezeichneten SPD-Bundeskonferenz in Bad Godesberg erklärt, es beschwöre die Gefahr einer Koalitionskrise herauf, wenn der Kanzler und CDU-Vorsitzende gegenüber dem SPD-Partner auf seiner Richtlinienkompetenz bestehen wolle.

Strauß, der zur Eröffnung des Landesparteitages der Hamburger CDU sprach, verteidigte die Große Koalition. Gleichzeitig bekannte er sich aber zu dem Plan der Christlichen Demokraten, schon für 1969 ein neues Wahlrecht einzuführen. „Ich bin seit 1945 überzeugter Anhänger des Mehrheitswahlrechts", sagte der Minister.

„Schütz soll uns den Buckel runterrutschen"

Von unserem Redaktionsmitglied

Co. **Berlin**, 17. November

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" ließ die Aufforderung des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz an die Ostberliner, sie sollten in Briefen an ihre Behörden Verhandlungen über Passierscheine fordern, am Freitag durch einen Leserbrief zurückweisen. Darin heißt es, Schütz habe mit seinem „hanebüchenen Verlangen" bewiesen, daß er nichts von dem „Verhältnis zwischen den Bürgern und ihrer Regierung" wisse. „Sonst hätte er nämlich begriffen, daß er uns wirklich den Buckel herunterrutschen kann mit seiner gescheiterten Politik."

Die „Briefschreiberei" des Regierenden Bürgermeisters „zum innerstädtischen Verkehr" kommentiert der Einsender im SED-Zentralorgan mit den Worten: „Schlimmer geht's nimmer." Selbstverständlich wünschten die Bürger der DDR ebenso wie die Regierung „die Herstellung normaler Beziehungen zum Westberliner Senat". Schütz habe jedoch seine Tätigkeit in Schöneberg mit der Erklärung begonnen, Westberlin müsse voll und ganz in die Bundesrepublik „mit ihrer Alleinvertretungsanmaßung und ihrer Revanchepolitik" eingegliedert werden. „Er will also statt Normalisierung die Verschärfung der Lage."

Botschafter McGhee trifft am Sonntag in Berlin ein

Nachrichtendienst der WELT

Berlin, 17. November (dpa)

Der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, George McGhee, trifft am Sonntag mit einer amerikanischen Militärmaschine auf dem Flugplatz Tempelhof zu einem zweitägigen Besuch in Berlin ein. Am Montag wird McGhee nach Mitteilung der amerikanischen Mission in Berlin Gespräche mit dem amerikanischen Kommandanten in Berlin, Robert G. Fergusson, sowie mit dem kürzlich eingetroffenen neuen Kommandierenden General der Berlin-Brigade, Samuel Mc Goodwin, führen. Anschließend ist ein Besuch des neuen ägyptischen Museums im Stülerbau gegenüber dem Schloß Charlottenburg vorgesehen.

ÖTV und DAG kündigen Streik an

(Fortsetzung von Seite 1)

Auch in der DAG soll eine Urabstimmung stattfinden. Das beschloß die Tarifkommission dieser Gewerkschaft in Köln. Ein Sprecher erklärte, die öffentlichen Arbeitgeber gefährdeten durch ihre uneinsichtige Haltung vorsätzlich den Arbeitsfrieden.

In einem Rundschreiben an ihre Mitglieder erklärte die DAG, ihre Verhandlungskommission habe zunächst an einen Hörfehler geglaubt, als die Arbeitgeber bei den Verhandlungen im Rheinsaal der Kölner Messe die Erhöhung der Grundvergütung um zwei Prozent vom 1. Januar 1969 angeboten habe. Die Arbeitgeber hätten aber die Ernsthaftigkeit des unverständlichen Angebots bestätigt. Nachdem die Arbeitgeber nach einer von der Gewerkschaft gestellten Frist von einer halben Stunde kein besseres Angebot abgegeben hätten, habe die Gewerkschaft die Verhandlungen für gescheitert erklärt.

Mit einem Streikbeginn am Dienstag oder Mittwoch kommender Woche rechnen die hessischen Metallarbeitgeber, nachdem die Urabstimmung der 125 000 stimmberechtigten Mitglieder der IG Metall eine Mehrheit von 87,24 Prozent für einen Streik ergeben hatte. Wie der Arbeitgeberverband der hessischen Metallindustrie erklärte, sei als Antwort eine Aussperrung nicht auszuschließen. In Hessen ist die Aussperrung nach Artikel 29 der Landesverfassung immer noch verboten.

In einem Brief an den hessischen Innenminister haben die Arbeitgeber außerdem um die Sicherstellung von Polizeikräften für den Fall von Ausschreitungen bei einem Streik gebeten.

Zu einer Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Forderungen im Tarifstreit der hessischen Gummiindustrie wurde das Gespräch zwischen den Tarifpartnern am Freitag in Hanau. Wie die Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik mitteilte, wurde das mit einstündiger Verspätung um 12 Uhr begonnene Gespräch gegen 13.30 Uhr für eine Stunde unterbrochen.

Wie ein Sprecher der IG Chemie erklärte, haben die Arbeitgeber angeboten, mit der Gewerkschaft Abkommen über eine Jahresleistungsprämie nach niedersächsischem Muster sowie über den Schutz gegen Rationalisierungsschäden zu vereinbaren. Über dieses Angebot beriet anschließend die Tarifkommission der Gewerkschaft in Hanau.

Der Geschäftsführer der sozialpolitischen Vereinigung der hessischen Gummi-Industrie, Heinrich Jansen, und der stellvertretende Vorsitzende der IG Chemie, Karl Küpper, bezeichneten das Verhandlungsklima übereinstimmend als „sehr sachlich".

„Bereitschaft für Treffen mit Stoph"

Bonn, 17. November (UPI)

Die Bundesregierung ist damit einverstanden, daß ein Treffen zwischen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und dem „DDR"-Ministerpräsidenten Willi Stoph vorbereitet wird. Dies erklärte der parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gerhard Jahn, am Freitag in einem Rundfunkinterview (Deutsche Welle).

Jahn fügte hinzu, die Vorbereitung könne den Staatssekretären der beiden Regierungschefs überlassen werden, deren Treffen Kiesinger in seinem letzten Brief an Stoph vorgeschlagen hat.

Jahn zitierte diese Bereitschaft als Beweis dafür, daß die Bundesregierung die „DDR" nicht in Europa isolieren, sondern sie vielmehr in ihre Entspannungsbemühungen einbeziehen wolle. Er lehnte es allerdings strikt ab, den anderen Teil Deutschland als Ausland anzuerkennen. Er betonte, die Bundesregierung bekenne sich zu ihrer politisch-moralischen Pflicht, für die Deutschen zu sprechen, die daran gehindert seien, ihre Auffassung frei zu äußern. Darin liege keinerlei Anmaßung.

Grenzpolizei der Zone setzt Tragflächen-Boot ein

Nachrichtendienst der WELT

Berlin, 17. November

In den Grenzgewässern der Unteren Havel in Westberlin hat die sowjetzonale Grenzbewachung jetzt ein Tragflächen-Boot für Patrouillen entlang der Zonengrenze eingesetzt. Es handelt sich um ein bedeutend schnelleres Schiff als es den Westberliner Dienststellen zur Verfügung steht. Die Fahrgeschwindigkeit wurde auf etwa vierzig Kilometer in der Stunde geschätzt.

Am Donnerstag wurde ein solches Schnellboot beobachtet, das mit zwei Heckmotoren und zwei Tragflächen als Stabilisatoren ausgerüstet ist. Das etwa 12 Meter lange und dreieinhalb Meter breite Boot hat eine Kajüte und ist mit fünf uniformierten Posten besetzt. Bisher verfügte die sowjetzonale Grenzbewachung in den Zonengrenzgewässern nur über flachgehende halboffene Motorboote, die eine Geschwindigkeit von etwa fünfundzwanzig Kilometern in der Stunde entwickelten.

Vorwürfe gegen AStA und Konvent

Nachrichtendienst der WELT

Berlin, 17. November

AStA und Konvent hätten es versäumt, die Studienreform sinnvoll voranzutreiben, diesen Vorwurf erheben die Vereinigten Arbeitsgemeinschaften an der Freien Universität in einem Flugblatt, das gestern auf dem Gelände der FU verteilt wurde. Die Vereinigten Arbeitsgemeinschaften, die sich aus studentischen Gruppen aus fünf Fakultäten zusammensetzen, stellen fest, daß neue, einseitig ausgerichtete studentische Institutionen ebenso wenig einen Beitrag zur Studienreform darstellen wie Zwangsexmatrikulation und numerus clausus. Die Freiheit von Forschung und Lehre müsse vor jedem totalitären Anspruch geschützt werden. Für die Erhaltung dieser Freiheit seien alle Mitglieder der Universität verantwortlich.

Bonn besteht auf Rückkehr der Koreaner

Bonn, 17. November (UPI)

Die Bundesregierung hat Leistungen für geplante Entwicklungsprojekte in Korea zurückgestellt, um ihre Forderung auf Rückkehr aller im Sommer dieses Jahres aus der Bundesrepublik entführten Südkoreaner zu unterstreichen. Der parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gerhard Jahn, nannte am Freitag in der Fragestunde des Bundestages jedoch keine Einzelheiten über Art und Umfang der gesperrten Leistungen.

Wie Jahn weiter mitteilte, hat die Bundesregierung den Bonner Strafrechtler Professor Gerhard Grünwald als Beobachter zu dem Prozeß gegen elf der verschwundenen Südkoreaner nach Seoul entsandt.

GUMMI-INDUSTRIE

IG Chemie gibt dem ausländischen Management die Schuld am Streik

Gefeller: Unsere Forderungen sind annehmbar

Nachrichtendienst der WELT

Hannover, 17. November

„Der Arbeitskampf in der Hessischen Gummi-Industrie ist nichts anderes als eine Abwehr-Reaktion. Wir wehren uns gegen die uneinsichtige Haltung der Arbeitgeber, die teilweise durch das ausländische Management der dortigen Werke verursacht wurde."

Mit diesen Worten umriß der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Wilhelm Gefeller, in einem Gespräch mit der WELT die Haltung seiner Gewerkschaft zur Streiksituation in Hessen. In der Gewerkschaftszentrale am Königsworther Platz in Hannover ist von hektischer Atmosphäre nichts zu spüren. Wie in einem Stabsquartier werden hier die Meldungen über die Streikaktionen verfolgt.

Wilhelm Gefeller

Foto: NDR

Gefeller, seit 20 Jahren an der Spitze der drittgrößten Industrie-Gewerkschaft der Bundesrepublik, glaubt konkrete Hinweise darauf zu haben, daß unter Führung der ausländischen Firmen in Hessen eine betont harte Gegenposition der Arbeitgeberseite ausgebaut worden sei. „Ein Symptom dafür war beispielsweise der spontane Streik, der schon einmal vor Wochen in Fulda bei Goodyear wegen der Kürzung der Akkordsätze ausgebrochen ist. Mit Recht müssen doch jetzt die Arbeiter in den anderen Werken befürchten, daß ihr Einkommen in ähnlicher Weise geschmälert wird", meinte Gefeller.

Die Furcht vor einer Schmälerung der bisherigen Einkommen ist der eigentliche Hintergrund des Streiks in Hessen. Gefellers Stellvertreter und Tarifexperte der IG Chemie, Karl Küpper, präzisiert das so: In Hessen waren die Tarifregelungen in der Kautschukindustrie bislang ohnehin schlechter als beispielsweise in Niedersachsen und Hamburg.

Küpper weist auch den Vorwurf zurück, daß die Forderung nach höheren Löhnen zum jetzigen Zeitpunkt die „ökonomische Symmetrie" störe, daß die Gewerkschaft damit den neuen Aufschwung aus der Konjunkturflaute beeinträchtige. „Der Streik kostet die Unternehmen mehr als die Erfüllung der Forderung nach tariflicher Absicherung der Arbeitseinkommen und des Weihnachtsgeldes."

Mehr als zuvor wird in diesen Tagen deutlich, wie stark der 61jährige Gefeller und sein drei Jahre älterer Tarifexperte Küpper die Fäden der Gewerkschaftspolitik der IG Chemie in der Hand halten, wie sehr diese Gewerkschaft und ihr achtköpfiges Führungsgremium auf die Intentionen dieser beiden Männer eingeschworen sind. Beide sind altgediente Gewerkschafter, beide haben ihren Beruf vor 40 Jahren begonnen. Beide sind ebenso lange engagierte Sozialdemokraten.

Daß sie in den letzten Jahren bei tonter als ihre Partei auf dem linken Flügel verharrten, daß sie den Weg des Godesberger Reformprogramms nur schweren Herzens mitmachten, ist kein Geheimnis und hat ihnen vielfach den Ruf eingetragen, sie und die IG Chemie stünden betont links und leisteten gewollt oder ungewollt einer Radikalisierung Vorschub.

„Ich weiß, daß mir das Stigma des Radikalismus anhaftet, und ich habe mich inzwischen mit dieser Narbe abgefunden. Aber verwechselt man doch nicht Radikalismus mit Beharrlichkeit", fragt Gefeller. Er bestreitet, daß der Streik in Hessen gerade jetzt möglicherweise das Mißvergnügen führender Gewerkschaftsfunktionäre über die ideologische Entwicklung der SPD und die Kritik an der „konzertierten Aktion" widerspiegele. Küpper spricht von einer böswilligen Unterstellung.

Noch ruht die IG Chemie und die Gewerkschaftspolitik auf den beiden Säulen Gefeller und Küpper. Auf dem nächsten Gewerkschaftstag in zwei Jahren werden beide in den Ruhestand treten. Die Tatsache, daß unter Ein geweihten das Vorstandsmitglied Kurt Hauenschild, der 47jährige Leiter der Organisationsabteilung, als „Kronprinz" gilt, würde allen Prognosen widersprechen, daß diese Gewerkschaft künftig weiter nach links abwandern will.

Rolf Seufert

OSTBERLIN

Ausdruck „Notstand" wurde vermieden

Maßnahmen für Katastrophenfälle betreffen Stromversorgung

Nachrichtendienst der WELT

Berlin, 17. November

Nicht geheim bleiben konnten in Ostberlin die jetzt abgeschlossenen außerordentlichen Maßnahmen für Katastrophenfälle, insbesondere bei den hauptsächlich betroffenen kommunalen Energie- und Versorgungsbetrieben.

Im Laufe der Zeit ist ein so großer Kreis von Personen in Kenntnis gesetzt worden, daß diese Vorbereitungen in vollem Umfang zum öffentlichen Gesprächsthema geworden sind. Wichtigste Faktoren der Ostberliner Katastrophenplanungen sind die Stromversorgung, die Verkehrsmittel und das Fernmeldewesen.

In jahrelanger Arbeit hat die Ostberliner Bewag in ihrem Verbundnetz mit den sowjetzonalen Elektrizitätswerken eine Anzahl von Hauptstützpunkten für den Notfall einrichten müssen. Von hier aus können auch bei plötzlichem Absinken der Stromfrequenzen oder bei einem drohenden Zusammenbruch des gesamten Netzes (durch Ausfall von Kraftwerken oder der 100 000-Volt-Zuleitungen) noch wichtige Abnehmer beliefert werden. Dazu gehören sämtliche Groß-Luftschutzräume, Kasernen, die Kühlhäuser, die S-Bahn, die U-Bahn, die Wasserwerke nebst Entwässerung, die Fernsprechämter und bestimmte Ostberliner Wohn-Komplexe „auf besondere Anweisung".

Von diesen Stützpunkten aus führen Direktleitungen zu allen vorrangigen Objekten, die bei geringerer Leistung der Kraftwerke bis zuletzt auch nach Abschaltung der Wohngebiete noch mit Strom beliefert werden müssen. Die Ost-Bewag hat drei verschiedene Stufen der Abschaltungen einrichten müssen, wie sie übrigens auch bei der Westberliner Bewag mit den Abschaltgruppen Rot, Grün und Gelb auf Grund der in der Blockade gemachten Erfahrungen bestehen.

Eine Sonderstellung haben alle Einrichtungen der sowjetzonalen Eisenbahn, die zum großen Teil eigene Kabel zum Energie-Verbundnetz der Zone unterhält. Jedoch mußte auch die Eisenbahnverwaltung eine ungewöhnlich große Zahl von Notstromaggregaten für die wichtigsten Betriebsanlagen beschaffen.

Notstromaggregate mußten in Ostberlin auch in allen Krankenhäusern angeschafft oder modernisiert werden. Hierfür sind Millionenbeträge bereitgestellt worden. Bezeichnenderweise durfte im gesamten Schriftverkehr für diese Katastrophen-Maßnahmen der Begriff „Notstand" nicht verwendet werden. Vielmehr wurde in den Vordergrund gestellt, daß es sich um vorsorgliche Bereitstellung eigener Stromerzeugung handelt. Sie könnte jederzeit erforderlich werden, wenn durch Beschädigungen von Hochspannungszuleitungen oder der Abspannwerke sowie durch plötzlich in den Elektrizitätswerken auftretende Schäden innerhalb kurzer Zeit ein Rückgang der Kapazität eintritt.

Auch die Ostberliner Gaswerke haben sich für diese Notfälle vorbereiten und gewährleisten müssen, daß eine Explosionsgefahr im Rohrleitungssystem bei Absinken des Druckes nicht besteht. Hierfür sind die Hauptschieber der Ringleitung in Ostberlin nach einem völlig neuen Schema geordnet worden.

Allgemein ist die Elektrizitätsversorgung Ostberlins für den kommenden Winter erstmalig seit der von den Kommunisten willkürlich vollzogenen Spaltung Berlins ausreichend, weil in einem Sonderprogramm der Anschluß an das Zonen-Verbundnetz beträchtlich verstärkt wurde und Ostberlin gegenüber den Städten der Zone eine Vorzugsstellung im Stromverbrauch zugesichert wurde. Das seit Jahren bestehende System der Energie-Verbrauchskontrolle ist zwar noch vorhanden, jedoch sind weder besondere Energie-Kontrolleure beauftragt noch die sonst im November üblichen Anordnungen zum Stromsparen gegeben worden.

Nicht geheim bleiben konnten in Ostberlin die jetzt abgeschlossenen außerordentlichen Maßnahmen für Katastrophenfälle. Im Laufe der Zeit ist ein so großer Kreis von Personen in Kenntnis gesetzt worden, daß insbesondere bei den hauptsächlich betroffenen kommunalen Energie- und Versorgungsbetrieben diese Vorbereitungen in vollem Umfang zum öffentlichen Gesprächsthema geworden sind. Wichtigste Faktoren der Ostberliner Katastrophenplanungen sind die Stromversorgung, die Verkehrsmittel und das Fernmeldewesen.

Krise in der Hamburger Universität

Von unseren Korrespondenten

bh./-pff. **Hamburg, Frankfurt**, 17. Nov.

Heftig zugespitzt hat sich seit den Studentendemonstrationen während der Rektoratsübergabe am 9. November in Hamburg das angespannte Verhältnis zwischen Universitätsleitung, Professoren und Studentenschaft. Zu einem vorläufigen Höhepunkt kam es, als der Rektor Professor Werner Ehrlicher, einige Dekane, Fakultätsvertreter und Professoren unter Protest eine Podiumsdiskussion im Auditorium maximum der Universität verließen. Die Professoren fühlten sich durch das Verhalten der Studenten brüskiert. Einer von ihnen hatte eine Äußerung eines Professors als „arrogant" bezeichnet, er sehe in der Diskussion keinen Sinn und könne seine Zeit nützlicher verbringen.

Thema des Abends war die Forderung der Studenten nach einer partnerschaftlichen paritätischen Kommission mit Vorschlagsbefugnis aus Professoren und Studenten, die sich mit der Hochschul- und Studienreform befassen soll.

Einen unerwartet deutlichen Erfolg hat die Neuwahl des Studentenparlaments an der Frankfurter Universität den linksstehenden Hochschulgruppen gebracht. An der Wahl beteiligten sich etwa 44 Prozent der 15 000 Frankfurter Studenten. Beim letzten Wahlgang vor neun Monaten hatte die Beteiligung nur wenig mehr als 30 Prozent betragen.

Wahlsieger wurde der neugebildete Demokratische Block mit sieben von 22 Wahlmandaten (sechs weitere Sitze sind den Fachschaften reserviert). In dem Block haben sich der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), die Humanistische Studentenunion und die Hochschulgruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zusammengefunden. Die drei Gruppen hatten bei der letzten Wahl zusammen drei Sitze gewonnen.

„Wille zur Zusammenarbeit muß auf beiden Seiten vorhanden sein"

WELT-Gespräch mit dem neuen Rektor der Freien Universität, Prof. Ewald Harndt

Von unserem Redaktionsmitglied

Berlin, 17. November

Es ist viel darüber gesprochen und gerätselt worden, warum die Professoren der Freien Universität zu einer Zeit, als die Wogen der Auseinandersetzung mit der Studentenvertretung besonders hochschlugen, einen Zahnmediziner zum Rektor wählten. In einem Interview mit der WELT darauf angesprochen, welche Motive ihn dazu bewogen, dieses gerade jetzt besonders schwere Amt anzunehmen, meinte Professor Ewald Harndt: „Rektor zu sein, ist eine Ehrenaufgabe. Und vielleicht hat man bewußt jemand gesucht, der bisher nicht im Kern der Auseinandersetzungen stand, sondern sozusagen neutral ist." Darüber hinaus stehe es doch fest, daß jeder, der das Amt des Rektors übernehme, seine wissenschaftliche Tätigkeit unterbrechen müsse. „Ich bin da etwas besser dran, denn ich stehe mit 67 Jahren zumindest am Ende der Universitätslaufbahn."

Auf die Frage, ob er eine Konzeption mitbringe, wie sich die Situation an der Freien Universität klären und beruhigen lasse, antwortete Professor Harndt: „Es wäre sicherlich falsch, mit festgefügten Vorstellungen an diese Aufgabe heranzugehen. Als Mediziner bin ich es gewohnt, daß mir nicht vollkommene Informationen vorliegen, ich aber dennoch handeln muß."

Den ersten „Tiefschlag" hat sozusagen der neue Rektor, der seit 1950 zur Freien Universität gehört — er verließ aus politischen Gründen die Linden-Universität — schon bekommen: Der neugewählte AStA-Vorsitzende, Johann Wolfgang Landsberg, hielt es bisher nicht für nötig, dem Rektor einen Antrittsbesuch abzustatten. Das allerdings war bisher noch nie bei einem AStA-Vorsitzenden der FU vorgekommen.

Dennoch resigniert der Rektor nicht, obwohl man ihm etwas Bestürzung anmerkt. Denn zu seinen Studenten besaß er nach seinen Worten stets ein gutes Vertrauensverhältnis. „Ich hatte mir vorgestellt, daß man ein solches Vertrauensverhältnis auch zur Studenten-Führung haben könne. Allerdings verlangt dies von beiden Seiten die Bereitschaft dazu." Während er nach wie vor bereit sei, mit der Studentenvertretung zu sprechen, scheine offenbar auf der anderen Seite dieses Entgegenkommen im Augenblick nicht vorhanden zu sein.

Prof. Harndt

Foto: dpa

Dafür war offenbar etwas anderes vorhanden: die Absicht, die angeblich „braune" Vergangenheit des neuen Rektors bloßzustellen. Von seinen ehemaligen Schülern — heute renommierten Zahnärzten — wurde Professor Harndt darüber informiert, daß bei ihnen diesbezügliche Recherchen angestellt worden seien. Eine andere Gruppe muß emsig bemüht gewesen sein, in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen des international bekannten Zahnmediziners die „faule Stelle" zu finden. Es kam ein nur magerer und nicht nationalsozialistischer Satz heraus, „der noch nicht einmal richtig wiedergegeben worden ist".

Seine Position zu den Studenten charakterisierte Professor Harndt so: „Wo sie berechtigte Gründe zur Kritik haben, werde ich mich bemühen, diese Unzulänglichkeiten so schnell als möglich abzustellen." Berechtigt ist nach Professor Harndts Ansicht die Forderung nach Studienreformen. Er gibt auch offen zu, daß die Vorwürfe der Studenten, es herrsche eine überholte Hierarchie auf der akademischen Seite, sehr häufig berechtigt sind. Es sei aber nicht so, daß man sich vor seinem Antritt nicht auch schon bemüht habe, die Studienreformen voranzutreiben.

„Auch ich habe sofort Rundschreiben an alle Dekane geschickt, damit die für die Fakultäten zuständigen Gremien darüber ins Gespräch kommen." Aber es sei zu bedenken, daß jedes Fach seine besonderen Schwierigkeiten habe.

„Im wesentlichen ist aber die Krise dieser Universität und wohl auch die der anderen Universitäten eigentlich eine Krise der Philosophischen Fakultät." Auf die vom politischen Referat des AStA ausgerufene Kritische Universität angesprochen, erklärte der Rektor, er werde jederzeit Räume zur Verfügung stellen, wenn es sich um vernünftige Themen handele. Juristisch sei die Sache für ihn kompliziert. Sogar der FU-AStA identifiziere sich nicht mit der Kritischen Universität, sondern kooperiere nur mit ihr.

Rein persönlich hat Professor Harndt schon Erfahrungen zu der Behauptung einiger Studenten gesammelt, verschiedene Themen würden im Lehrbetrieb nicht berücksichtigt: „Im Vorlesungsverzeichnis dieser sogenannten Kritischen Universität ist z. B. auch Arbeitsmedizin, ein außerordentlich wichtiges Gebiet, enthalten. Aber als ich auf die Bitte von Studenten hin vor drei Semestern eine Ringvorlesung über Arbeitsmedizin einrichtete, las schließlich der Dozent vor vier Teilnehmern."

Auf die Frage, ob er das Berliner Modell nach wie vor für richtig halte, antwortete der FU-Rektor: „Dieses Modell hängt von der Zusammenarbeit zwischen Studenten und Dozenten ab. Wenn sie abgelehnt wird, kann es nicht funktionieren. Wenn die Zusammenarbeit vorhanden ist, kann es sogar ausgebaut werden." Generell setze dieses Modell aber eine Gemeinsamkeit in der Auffassung über die Aufgaben der Universität voraus.

Professor Harndt bestätigte, daß die seit mehreren Semestern immer stärker werdenden Unruhen durchaus nicht nur Schuld der Studenten seien. „Ich bin lange genug an dieser Universität, um nur eine Gruppe zu verteufeln." Fehler seien auf beiden Seiten, auch auf der der Professoren, gemacht worden, von denen einige zuwenig und andere wieder zuviel getan hätten.

Um den Ruf der Universität ist Professor Harndt besorgt, ohne aber pessimistisch gestimmt zu sein. „Sicherlich sollte die Tatsache, daß die Freie Universität im Wintersemester 1967 als einzige deutsche Universität stark sinkende Studentenzahlen aufwies, zum Nachdenken veranlassen."

Im Hinblick auf die Besetzung der Lehrstühle steht die FU recht gut da, es gilt nur noch einige Kämpfe für den akademischen Mittelbau auszufechten. Professor Harndt nannte einen ihm besonders wichtig erscheinenden Punkt: „Die besoldungsmäßige Schlechterstellung der Akademischen Räte im Vergleich zu den Studienräten muß beseitigt werden." Nach außen hin wird sich die FU auch während seiner Amtszeit weiterhin bemühen, Kontakte zu ausländischen Universitäten zu pflegen. Auch mit Hochschulen in Ostblockstaaten kam man in den vergangenen Jahren ins Gespräch. Gegenwärtig wartet die FU auf eine Antwort der Universität Leningrad. **Valeska Voß-Dietrich**